

2882

Dringlicher Antrag

der Fraktion Die Linke

Weitere Sperrungen von Hochschulgebäuden verhindern – Jetzt konsequent handeln!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Da die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung am 18. Mai 2026 nicht zusichern konnte, dass das Hauptgebäude der TU Berlin noch in diesem Semester wieder öffnen kann, wird der Senat aufgefordert,

1. den angekündigten Notfonds zur Behebung der dringendsten Schäden am Hauptgebäude der TU und weiterer von der Gefahr einer Sperrung betroffener Hochschulgebäude mit ausreichenden Mitteln auszustatten,
2. zeitnah alle Beteiligten zu einem Krisengipfel einzuladen, um einen Masterplan für die dringendsten Vorhaben aus dem Hochschulentwicklungsplan zu erarbeiten,
3. die in den Hochschulverträgen vereinbarten Investitionsmittel der Hochschulen wieder um 10 Millionen auf rund 43 Millionen Euro pro Jahr zu erhöhen.

Das Abgeordnetenhaus ist alle zwei Monate über die ergriffenen Maßnahmen und deren Fortentwicklung zu unterrichten.

Begründung:

Der zunehmende Bau- und Sanierungsstau stellt Hochschulen in Berlin vor immer größere Herausforderungen. Besonders deutlich wird dies derzeit am Beispiel des Hauptgebäudes der Technischen Universität Berlin. Aufgrund gravierender Brandschutzmängel musste das zentrale Gebäude der Universität komplett gesperrt werden. Und das mit weitreichenden Folgen für Lehre, Studium und Hochschulbetrieb.

Die Schließung des Hauptgebäudes der TU bedeutet, dass insgesamt etwa 400 Lehrveranstaltungen nicht mehr wie geplant im Hauptgebäude stattfinden können. Betroffen sind bis zu 35.000 Studierende, deren Studienalltag kurzfristig neu organisiert werden muss. Mit der Sperrung fallen außerdem rund 30.000 Quadratmeter Nutzfläche weg, darunter auch das Audimax mit seinen rund 1.200 Plätzen als der wichtigste Vorlesungssaal der TU.

Die Probleme des Gebäudes bestehen dabei nicht erst seit Kurzem. Immer wieder wurde über massive bauliche Mängel berichtet, darunter sogar Wasserfälle im Gebäudeinneren bei Starkregen, die aufgrund eines Schadens am Vordach auftraten. Die aktuelle Sperrung verdeutlicht damit nicht nur die Folgen jahrelang aufgeschobener Sanierungsmaßnahmen, sondern steht exemplarisch für den allgemeinen Zustand wissenschaftlicher Infrastruktur in Berlin.

Die Schließung des Hauptgebäudes der TU zeigt, dass die im Rahmen der Hochschulverträge um rund 10 Millionen Euro pro Jahr gekürzten Investitionsmittel für die Hochschulen nicht mehr ausreichen, um die bestehenden Gebäude in einem betriebsfähigen Zustand zu halten. Daher müssen die Investitionsmittel in den Hochschulverträgen umgehend wieder entsprechend erhöht werden.

Das Hauptgebäude der TU ist lediglich symptomatisch für den Berliner Bau- und Sanierungsstau im Hochschulbereich, der mit inzwischen 8,2 Milliarden Euro einen historischen Höchststand erreicht hat. Seit dem Jahr 2020 mussten in der Stadt bereits 26 Gebäude aus bauordnungsrechtlichen, brandschutztechnischen, statischen oder ähnlichen Gründen ganz oder teilweise unvorhergesehen gesperrt werden. Aktuell gelten zudem sechs weitere Gebäude als akut von einer Sperrung bedroht.

Die Mittel für Sanierung und Bauunterhalt liegen in Berlin laut aktuellem Doppelhaushalt 2026/2027 etwa bei einem Drittel der knapp 300 Millionen Euro, die pro Jahr gebraucht würden. Damit zeigt sich, dass die Situation längst kein Einzelfall mehr ist, sondern Ausdruck eines akuten strukturellen Problems, dessen Auswirkungen zunehmend dem Wissenschafts- und Forschungsstandort Berlin schaden und das die Hochschulen schon längst nicht mehr alleine lösen können. Daher braucht es jetzt sofortige und umfassende Hilfen für die Hochschulen.

Die vom Senat geplante Hochschulbaugesellschaft ist für die drängendsten Probleme indes keine Lösung. Sie wird noch mehrere Jahre benötigen, um wirklich arbeitsfähig zu sein. Außerdem sind hier zentrale Fragen weiterhin offen: Das betrifft bspw. die ausreichende Finanzierung der zukünftigen Mieten durch den Senat. Sie sind noch nicht vertraglich festgehalten, auch wenn der Senat diese in Äußerungen in Aussicht gestellt hat. Ebenso versetzen die Pläne zum Personalübergang die Beschäftigten der Hochschulen in höchste Verunsicherung. Außerdem sollen die Hochschulen in den entscheidenden Gremien nicht mehr die Verfügung über ihre eigenen Gebäude haben, was tief in den Bereich der Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit eingreift.

Folglich bedarf es dringend zusätzlicher Maßnahmen des Landes Berlins, um weitere Sperrungen von Gebäuden zu verhindern und das Hauptgebäude der TU schnellstmöglich wieder zu öffnen.

Berlin, den 20.05.2026

Helm Schulze
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke